61. Jahrgang No. 529

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Dienstag, 11. November 1913

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens, Montags nur abends. **Abonnementspreis** in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Sachsen u. Herzogt. Anhalt **20 Pf. wöchentl.** bzw. **85 Pf. monatl.** frei ins Haus, vierteljährl. M. 2.55. **Abonnementspreis für auswärts** bei Bezug durch die Post: monatlich 90 Pf. und vierteljährl. M. 2.70. — **Insertionspreis** für die Zeile 50 Pf. Stellenangebote und Gesuche 40 Pf. Kleine Anzeigen: das Wort 8 Pf., jedes fettgedruckte Wort kostet 15 Pf. — Redaktion und Haupt-Expedition: SW, Jerusalemer Strasse 46-49. Tel.: Amt Zentrum, Nr. 10131–10142. **Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin SW.**

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung und
farbig illustriertem Witzblatt ULK

Filialen: Prinzenstr. 43, Wiener Str. 1–5, Frankfurter Allee 61–62, Grosse Frankfurter Str. 31, Prenzlauer Allee 54, Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm 4, Schulzendorfer Str. 27, Badstr. 55, Königstr. 56–57, Rosenthaler Str. 45, Kaiserhöhe 5, Potsdamer Str. 35, Leipziger Str. 135, Blücherstr. 69, Charlottenburg: Tauentzienstr. 9, Kantstr. 54, Scharrenstr. 39; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Kurfürstenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Chaussee 130; Lichterfelde-W.: Carlstr. 1-3; Neukölln: Berliner Str. 41; Pankow: Hornholmer Strasse 1; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9, Steglitz: Albrechtstrasse 130; Tegel: Berliner Strasse 80, Tempelhof: Berliner Strasse 147; Wilmersdorf: Uhlandstrasse 90-99; Brandenburg: Steinstrasse 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstrasse 5; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Wied.

Ein neuer Regierer.

„Im Geiste sah ich mich schon an der Spitze der Verwaltung. Ich hielt nach der Größe des Ortes und der Natur seiner Bevölkerung die Kommunalverwaltung daselbst für nicht allzu schwierig, andererseits auch nicht für so unbedeutend, um in die Gefahr kleinstädtischer Versumpfung zu geraten. Bei einem Konzert, welches gerade während meiner Anwesenheit stattfand, musterte ich die Honoratioren des Ortes. Auf der Schloßstraße bemerkte ich einen Grashwuchs, der sehr wenig residenzmäßig erschien und den demnächst zu beseitigen ich mir auf das bestimmteste vornahm."

Mit diesen Worten schildert Eugen Richter in seinen „Jugenderinnerungen" seine Eindrücke bei einem Besuche Neuwieds, dessen Stadtverordnete ihn zum Bürgermeister des Ortes gewählt hatten, von dem es an derselben Stelle heißt:

„Neuwied ist ein freundliches Städtchen am rechten Rheinufer unterhalb Koblenz. Es zählte damals etwa 9000 Einwohner und hat deren jetzt über 11 000. Als Koblenzer Primaner hatten wir dort studentische Kommersfreuden bei verschwiegenen Wirten im voraus genossen."

Richter wurde jedoch wegen seiner fortschrittlichen Haltung nicht bestätigt, und statt seiner wurde, wie Richter sich ausdrückt, ein „politisch unverdorbener Regierungsreferendar aus Köln" Bürgermeister von Neuwied. Als dieser im Jahre 1890 die fünfundzwanzigste Wiederkehr des Tages feierte, an dem er an die Spitze der Verwaltung Neuwieds getreten war, wurde nach der schönen Weise: „Als die Römer frech geworden" ein Lied gesungen, das mit den tiefempfundenen Versen anhob:

Jetzt vor fünfundzwanzig Jahren,
Was war da in euch gefahren?
Wahltet — ja, man glaubt es kaum,
Daß der Fortschritt hier fand Raum —
Euch den Eugen Richter!"

Zwölf Jahre nach dieser Bürgermeisterwahl, 1876, wurde in Neuwied der Mann geboren, der des neugebackenen Fürstentums Albanien erster Regierer sein soll, der Prinz Wilhelm zu Wied, gegenwärtig Rittmeister im 3. Gardeulanenregiment zu Potsdam. Deutschland ist der unerschöpfliche Born, aus dem die Welt Prinzessinnen sowohl als Fürsten bezieht.

Woher der Name Wied kommt, ist nicht ganz sicher. Am nächsten liegt es, ihn von dem Flüßchen Wied abzuleiten, das dicht bei Neuwied, bei dem hübschen Dörfchen Irlich, wohin von Neuwied aus ein Baumweg führt, sich in den Rhein ergießt. Einige ganz scharfsinnige Wappendeuter aber bringen den Vogel im Wiedschen Wappen in ursächlichen Zusammenhang mit dem Namen. Der Vogel ist, mit gewöhnlichen Augen betrachtet, ein Pfau. Jene feinen Köpfe aber halten ihn für einen — Wiedehopf und erklären dadurch zwanglos das Wied. Dem sei wie ihm wolle, mag Wied von einem in gutem Geruche stehenden Wasser oder von einem in schlechtem Geruche stehenden Vogel kommen, die Wied sind ein sehr altes Haus und eines Stammes mit den Isenburg.

Gerlach, Graf des Lahngaus, soll diese beiden Häuser um das Jahr 1000 herum gestiftet haben. In der Stiftungsurkunde der Abtei Lorch aus dem Jahre 1093 werden die Grafen zu Wied zum ersten Male erwähnt. Im Jahre 1462 teilte sich das Haus in zwei Linien: in die obere Grafschaft Wied-Runkel (das Städtchen Runkel liegt an der Lahn und an der von Limburg nach Wetzlar führenden Eisenbahn), und in die untere Grafschaft Wied-Neuwied. Im Jahre 1824 fiel Wied-Runkel an Neuwied. Ein aufgeklärtes Mitglied dieses Geschlechts, der Graf Friedrich zu Wied-Neuwied, hat Neuwied gegründet. Im Dreißigjährigen Kriege war ein ihm gehörender Ort, Langendorf, verwüstet worden. Um ihn wieder zu bevölkern, lud der Graf zahlreiche Ansiedler ein, „ohne Unterschied der Religion und ohne einen Pfennig zu zahlen". Der Einladung wurde von vielen entsprochen, und die verschiedensten Bekenntnisse — auch Herrnhuter und Mennoniten waren in beträchtlicher Menge gekommen — haben seitdem hier einträchtig nebeneinander gelebt.

Eine gute Stunde von Neuwied entfernt, der Weg dahin führt durch den hübschen Park von Rothausen und über das Lustschloß Monrepos (Meine Ruhe), liegt der Marktflecken Altwied mit den efeumsponnenen Trümmern des Stammschlosses der Wied. In dieser Gegend muß eine römische Festung gestanden haben. Die Ausbeute der wiederholt vorgenommenen Ausgrabungen befindet sich in Neuwied. Einige Mitglieder des Hauses Wied sind Erzbischöfe von Trier und Köln gewesen. Andere haben in österreichischen und preußischen Kriegsdiensten gestanden. Nun soll ein Mitglied das wilde Albanien regieren. Als gute Vorbedeutung mag der preußische Rittmeister dabei den Stein betrachten, der sich unter den auf Wiedschem Gebiete gefundenen Altertümern befindet. Dieser Stein hat die Gemeinschaft der „siegreichen Fahnenträger" errichtet.

Vorbildlich mag dem künftigen Fürsten von Albanien auch einer seiner Vorfahren, der Prinz Maximilian, sein, der vor einem Jahrhundert lebte und eine große Forschungsreise nach Brasilien ausgeführt hatte, von der er nicht nur allerhand Getier, sondern auch einige lebendige Botokuden mitgebracht, die das Völkergemisch in Neuwied noch bunter gestalteten. Dagegen wird sich Albaniens erster Regierer ohne Zweifel hüten, den Schatten jenes Fürsten zu Neuwied heraufzubeschwören, mit dem sich am Ausgange des achtzehnten Jahrhunderts ganz Deutschland beschäftigte. Dieser Fürst hatte beim Reichskammergericht einen Rechtsstreit anhängig gemacht wegen der Frage: ob er geistesverwirrt und regierungsfähig sei oder nicht? In ganz Neuwied wurden damals Verhandlungen darüber aufgenommen, ob der Fürst richtig im Kopf sei oder nicht.

Das Reichskammergericht entschied zuungunsten des Fürsten, dieser erhob jedoch Widerspruch und wußte es durchzusetzen, daß er zum Jammer des Landes und seiner eigenen Familie regierender Herr blieb. Tatsächlich verübte er Streiche, nach denen die Frage, ob er närrisch sei, unbedingt bejaht werden mußte. Der arme Fürst las oft und lange in der Bibel und legte sie auf seine Weise aus. So war er auch zu der Ansicht gelangt, daß das Erzeugen der Kinder eine Sünde sei. Die Kinder, so folgerte er, erzeugen Urin; der Urin enthält Salpeter; aus Salpeter verfertige man Pulver, und das Pulver sei ein Mittel des Krieges und anderen Unheils!! Getreu dieser Auffassung ging dieser verstandesklare Fürst mit dem Gedanken um, an sich selber einen Eingriff zu vollziehen, der ihn der Fähigkeit, Kinder zu erzeugen, berauben mußte. Der Fürst wollte freiwillig Eunuche werden!

Trotz alledem und trotz des Spruchs des Reichskammergerichts blieb dieser Verrückte auch weiterhin regierungsfähig. Daß Fürsten geistesgestört sind, kommt auch in unseren Tagen vor. Daß sie trotzdem regierungsfähig bleiben, hat man ebenfalls erlebt. Um die Zeit, in der infolge des erwähnten Rechtsstreites der zweifelhafte Ruhm Neuwieds durch alle Lande ging, begann der ernsthafte Ruhm Neuwieds zu verblassen. Dieser Ruhm gründete sich auf den hochentwickelten Gewerbefleiß der Stadt. Hohen Rufes erfreuten sich namentlich ihre Kunstschreiner, ihre „Ebenisten", wie man sie damals nannte. Unter ihnen war David Roentgen (vielleicht ein Vorfahr des Strahlenentdeckers?) der gefeiertste. Schreibtische mit geheimen Fächern aus der Werkstatt Roentgens gingen in alle Welt. Dieser Neuwieder Tischlermeister brachte es so weit, daß ihm — etwas ganz Ungewöhnliches in deutschen Gauen! — der Titel eines Geheimen Rats verliehen wurde.

Berühmt war ferner von Neuwieder Handwerkern der Uhrmacher Kinzig, der Spieluhren nach anderen Ländern, besonders nach Rußland, schickte, von denen ein Stück Tausende von Mark kostete. Im Berliner Kunstgewerbemuseum sind Arbeiten von David Roentgen vertreten. Möglicherweise besitzt das Museum auch Kinzigsche Uhren. Durch die französische Revolution wurde Neuwieds blühendes Kunstgewerbe aufs schwerste geschädigt. Später wurde Neuwied weit und breit bekannt durch die „Neuwieder Zeitung" oder die „Gespräche im Reiche der Toten", die ein ehemaliger österreichischer Hauptmann herausgab; er verdiente damit viel Geld. In neuerer Zeit hat sich Neuwieds Gewerbefleiß wieder lebhaft entwickelt. Seine Erzeugnisse werden in vielen Gegenden geschätzt. Ein Sproß Neuwieds ist sogar dazu berufen, ein neugeschaffenes Fürstentum zu regieren. Neuwieds Ruhm geht nicht unter! Was aber Albanien dabei gewinnen wird, bleibt abzuwarten! Denn, daß jemand bisher Rittmeister war, bürgt noch nicht dafür, daß er Albanien zu einem Kulturstaat machen kann.

Kurze Chronik.

Die Hörer der drei weltlichen Fakultäten an der tschechischen Universität in Prag sind gestern den Vorlesungen ferngeblieben, um durch diesen Streik zugunsten der baulichen Ausgestaltung der tschechischen Technischen Hochschule zu demonstrieren. Am Mittwoch wollen sie den Besuch der Vorlesungen wieder aufnehmen.

Die neue parlamentarische Gruppe der französischen Radikalen Partei, deren Bildung auf dem Kongreß in Pau beschlossen wurde, hat sich gestern endgültig in der Kammer konstituiert. Die Gruppe, die bisher 150 Mitglieder zählt, hat zu ihrem Vorsitzenden Caillaux gewählt.

Der bulgarische Medizinalrat hat Bulgarien für cholerafrei erklärt.

Wie aus Washington gemeldet wird, beabsichtigt Präsident Wilson vorläufig nicht, eine Besprechung der Lage in Mexiko im Kongreß herbeizuführen.

Der Grubenstreik in Natal.

Sechshundert Verhaftungen.

(Telegraphische Berichte.)

Kapstadt, 10. November.

Die Erregung der kürzlich in den Ausstand getretenen viertausend Inder von den Kohlengruben und Plantagen Natals dauert an. Dreitausend Inder haben gesetzwidrig unter ihrem Führer Gandhi die Grenze Transvaals überschritten und sind in Standerton angelangt. Das Ziel ihrer Wanderung ist Johannesburg. Gandhi bezweckt hauptsächlich die Aufhebung der Dreipfundsteuer für asiatische Arbeiter ohne Kontrakt in Natal durchzusetzen. Sechshundert Verhaftungen sind wegen Kontraktbruches vorgenommen worden. Ausschreitungen haben nicht stattgefunden.

Johannesburg, 10. November.

Zweitausend Inder sind auf dem Wege nach Transvaal in Balfour angehalten worden, wo drei Sonderzüge bereitgehalten wurden, um sie nach Natal zurückzubefördern.

Amtsrichter Knittel im Reichstage. Nach dem „Obersächsischen Anzeiger" ist der durch die energische Vertretung seines Rechts auf Wahlfreiheit bekannte Amtsrichter Knittel in Rybnik von der Zentrumspartei als Reichstagskandidat für den Wahlkreis Leobschütz an Stelle des verstorbenen Zentrumsabgeordneten Klose ausersehen. Abgeordneter Klose ist 1912 in Leobschütz mit 8663 von 10 094 abgegebenen Stimmen gewählt worden.

Beilis freigesprochen.

(Privat-Telegramm.)

Kiew, 10. November.

Der Prozeß gegen Beilis endete heute nach mehr als vierwöchiger Dauer mit der Freisprechung des Angeklagten Beilis. Die erste Frage, die an die Geschworenen gerichtet wurde, lautete dahin, ob das Verbrechen in der Saitzewschen Fabrik, das ist also der Ort, an dem die Juden ihr Osterbrot zubereiteten, begangen worden sei. Die zweite Frage bezog sich darauf, ob Beilis als der Mörder in Betracht kommt. Die Geschworenen bejahten die erste Frage und verneinten die zweite. Beilis geht somit aus dem Prozeß als unschuldig hervor.

Die Provokation von Zabern.

Die herausfordernden Aeußerungen des Leutnants v. Forstner bei der Rekruteninstruktion in Zabern über den Waffengebrauch der Soldaten gegenüber etwaigen Angriffen von „Wackes" werden in einem offiziösen Telegramm aus Straßburg in folgender Form wiedergegeben:

Angesichts der Erregung, die in Zabern und in einem Teil der reichsländischen Presse wegen angeblich für die Elsässer beleidigender Aeußerungen eines Offiziers des Infanterieregiments Nr. 99 in Zabern herrscht, ist auf Grund von Erkundigungen festzustellen, daß jener Offizier in der Instruktionsstunde von tätlichen Angriffen, die in letzter Zeit gegen Soldaten gerichtet worden seien, gesprochen hat. Er warnte die Rekruten vor Händeln und Schlägereien, sollten sie aber einmal von einem solchen „Wackes" angegriffen werden, so sollten sie sich ihrer Haut wehren und kräftig dreinhauen. Wenn dabei solch ein Kerl, der es wage, einen Soldaten anzugreifen, über den Haufen gestochen würde, so schade das nichts. Wer sich richtig benehme, erhalte von ihm (dem Leutnant) noch eine Belohnung von 10 Mark, und kein Vorgesetzter werde dagegen etwas einzuwenden haben. Mit dem Worte „Wackes", so wird gesagt, wollte der Offizier keinen Elsässer beleidigen. Ein Wackes sei für ihn ein Rowdy. In Westfalen nenne man z. B. diese Sorte von Menschen „Büttcher", und in Ostpreußen „Lorbaß".

Es ist bezeichnend, daß selbst die konservative „Kreuz-Ztg." es als nicht sehr glücklich bezeichnet, für derartige Fälle eine Prämie in Aussicht zu stellen und das mißdeutungsfähige Wort „Wackes" zu gebrauchen.

Auch gegenüber der vorstehenden offiziösen Darstellung und der für die Elsässer abgegebenen Ehrenerklärung bleibt die Tatsache bestehen, daß der Offizier die Rekruten aufgefordert hat, einen „Wackes", der sie angreift, über den Haufen zu stechen. Wenn man bedenkt, daß es sich um junge Menschen von zwanzig Jahren und mit einer zumeist geringen Schulbildung handelt, denen hier ein Ausnahmerecht verliehen wird; denen gesagt wird, sie müssen, sobald sie tätlich angegriffen werden, sofort drauf los stechen und schlagen, so ist das im höchsten Grade bedenklich und kann zu ungeahnten Folgen führen. Auch das Leben eines „Wackes" ist ein Menschenleben, und es wird den jungen Soldaten, wenn sie in einen handgreiflichen Streit verwickelt werden, kaum einfallen, zu prüfen, ob ihr Gegner ein „Wackes" ist oder nicht, sondern sie werden, eingedenk der erhaltenen Instruktion und der in Aussicht gestellten Belohnung, sofort vom Leder ziehen und zustoßen.

Mit welchem Recht darf überhaupt jungen Soldaten die Pflicht zum sofortigen Waffengebrauch auferlegt werden, das jedem Zivilisten unter Umständen schwere Strafen einträgt? Wird nicht durch solche „Belehrung" über den Waffengebrauch des Soldaten ein Uebermut, ein Prätorianergefühl großgezogen, das wiederholt schon zu den schlimmsten Folgen geführt hat?

Daß ein solcher Waffengebrauch auch von den höheren Vorgesetzten durchaus nicht als notwendig erachtet wird, lehrt der Umstand, daß in einer der bekanntesten preußischen Garnisonen, im benachbarten Potsdam, alle Soldaten vom Gemeinen bis zum Feldwebel und Wachtmeister nur im Dienst die Waffe tragen; außerhalb des Dienstes erscheinen sie in der Stadt stets ohne Seitengewehr. Was aber in Potsdam möglich, nützlich und zweckentsprechend ist, sollte sich auch in anderen Garnisonen durchführen lassen. Sache der oberen Militärbehörden und der Regierung ist es, in dem Zaberner Falle energisch durchzugreifen, um so mehr, als eine gewisse alldeutsche Presse schon wieder am Werk ist, in der blutrünstigsten Weise das Militär gegen die reichsdeutsche Bevölkerung aufzuhetzen, obwohl sich die Bevölkerung in diesem Falle nur gegen eine schwere Provokation zur Wehre gesetzt. Es ist ein günstiges Zeichen für das Ehrgefühl einer Bevölkerung, wenn sie gegen eine derartige Provokation eine gesunde Empfindlichkeit an den Tag legt.

Keine neue Ordnung des Verdingungswesens. Die preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten sowie für Handel und Gewerbe haben dem deutschen Handelstag mit bezug auf dessen in der Ausschußsitzung vom 12. Juni d. J. gefaßten Beschluß auf eine